

16. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion der FDP

Generationengerechtigkeit und Entlastung für Berlin!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

In den Jahren 2006 bis 2008 profitierte auch das Land Berlin von dem robusten Wirtschaftswachstum in ganz Deutschland. Leider nutzte der Senat die unerwartet positive Einnahmeentwicklung in den letzten Jahren nicht, um zu einer nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen zu kommen. Rot-Rot erlag der Versuchung, die steigenden Einnahmen für dauerhaft gegeben zu halten. Weil strukturelle Sparbemühungen und Schwerpunktsetzungen fehlen, gibt Berlin im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer noch deutlich zu viel aus. Die Stadt leistet sich nach wie vor eine überteuerte ineffektive Verwaltung. Vor allem aber schnüren die politischen Rahmenbedingungen der rot-roten Koalition die wirtschaftlichen Perspektiven unserer Stadt ein.

Mit Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise normalisierten sich die Berliner Einnahmen ebenso schnell auf das Niveau von 2006, wie sie davor gestiegen waren. Das Luftschloss des vermeintlich „sanierten“ Landeshaushalts, das vor allem Klaus Wowereit und Thilo Sarrazin in den letzten Jahren medienwirksam in der Öffentlichkeit gezeichnet hatten, zerplatzte. Berlin befindet sich heute erneut in einer extremen Haushaltsnotlage und bleibt vorerst die Armuts- und Arbeitslosenhauptstadt Deutschlands.

Im vorliegenden Doppelhaushaltsentwurf für die Jahre 2010 und 2011 plant der Senat Ausgaben von jährlich jeweils 22,64 Mrd. € (2010) bzw. 22,58 Mrd. € (2011) bei erwarteten Einnahmen von 19,82 Mrd. € (2010) bzw. 19,83 Mrd. € (2011). Das Land Berlin wird damit in den beiden Jahren zusammen mehr als 5,5 Mrd. € neue Schulden aufnehmen. Die Gesamtverbindlichkeiten belaufen sich am Ende des Jahres 2011 damit auf über 66 Mrd. € Dies sind über 19.000 € pro Kopf der Bevölkerung. Ende 2001, zu Beginn der Koalition von SPD und Linkspartei in Berlin hatte die Stadt Schulden in Höhe von 39,78 Mrd. €

Die Handlungsspielräume der Zukunft dürfen durch immer weiter steigende Schulden und damit immer weiter steigende jährliche Zinsausgaben nicht weiter eingeengt werden. Allein die zusätzlichen Zinslasten aus den Jahren 2009 und 2010 steigern die jährlichen Zinsausgaben des Landes Berlin um über 220 Mio. € Berlin wendet bereits jetzt jährlich über 2,3 Mrd. € (über 10% des jährlichen Etats) für Zinsausgaben auf. Gerade in der Wirtschaftskrise gilt, dass ein Anstieg der Zinsausgaben, der durch eine erhöhte Neuverschuldung begründet ist, sofort durch Einsparungen auf der Ausgabenseite gegenfinanziert werden muss. Nur so kann die Politik eine Perspektive für die Zukunft schaffen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen sind in einer Reihe von Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen eine Vielzahl von kurzfristigen Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen worden.

Die über 250 titelscharfen Änderungsanträge der FDP-Fraktion hätten – wenn sie umgesetzt würden – eine Reduzierung des Defizits im Jahr 2010 von über 340 Mio. € und im Jahr 2011 von über 420 Mio. € bewirkt und wären auch vom jetzigen Senat ohne Weiteres sofort umsetzbar gewesen. Gleichzeitig hätten unsere Vorschläge auch durch die stufenweise Abschaffung des Grundwasserentnahmeentgeltes und Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes zu einer spürbaren Entlastung der Berlinerinnen und Berliner geführt.

Alle Vorschläge der Oppositionsfraktionen wurden aber von Seiten der rot-roten Regierungskoalitionen ignoriert. Stattdessen wurde kurzfristig eine unsolide und nicht nachhaltige Kita-Finanzierung in die laufenden Haushaltsberatungen eingeschoben und durch kleinteilige Umschichtungen im Haushaltsplanentwurf des Senats ein Einsparpotenzial von 1,71 Mio. € in 2010 und 1,55 Mio. € in 2011 beschlossen. Die Einsparvorschläge der Regierungskoalitionen, die nicht einmal 0,008% des jährlichen Etats ausmachen, sind eindeutig zu wenig. Bei einem „Weiter-so“ durch Rot-Rot würde Berlin bei einer linearen Fortschreibung im Jahr 2020 bei einer Verschuldung von über 90 Mrd. € ankommen. Dies wären über 26.000 € pro Kopf der Bevölkerung.

Das Abgeordnetenhaus fordert daher den Senat auf, ein langfristiges Sanierungskonzept zu entwickeln, um zum einen die sich beschleunigende Verschuldungsspirale zu durchbrechen und zum anderen die Mittel für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen bereitzustellen zu können. Schwerpunkte dieses Sanierungskonzeptes müssen eine langfristige Ausgabenkonsolidierung und eine Stärkung der Einnahmenseite des Landes Berlin durch ein langfristiges, überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sein:

1. Personalkonzept und Aufgabenkritik

Berlin braucht endlich ein langfristiges Personalbedarfs- und Personalentwicklungskonzept für den Öffentlichen Dienst. Dieses muss eine ausführliche Landes- und Bezirksaufgabenkritik und die sich daraus ergebenden Personalmaßnahmen enthalten. Nur so besteht die Möglichkeit einen schlanken und gut ausgestatteten Öffentlichen Dienst auch angemessen zu entlohnen.

Gleichzeitig muss die Aus- und Fortbildung gestärkt werden. Nur 0,4 Fortbildungstage pro Beschäftigtem und Jahr sind untragbar. Ebenso

müssen besonderes Engagement und Leistungen der Beschäftigten durch Prämien angemessen gewürdigt werden.

2. Wirtschaft und Wettbewerb

Der Wirtschaftsstandort Berlin muss durch eine Konzentration der Mittel sowohl für die Wirtschafts- und Technologieförderung als auch für das Standort- und Tourismusmarketing, durch gezielte Entlastungen und eine Verbesserung der Infrastruktur gestärkt werden. Hierzu muss:

- eine Weiterentwicklung und Stärkung der bestehenden Wirtschaftscluster stattfinden;
- der Messe- und Kongressstandort Berlin nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden;
- der Weiterbau der A 100, eines der größten und zentralen Verkehrsinfrastrukturprojekte Berlins der nächsten Jahre, welches vor allem den Ostteil der Stadt entlastet und vom Bund mit mehr als 400 Mio. € Investitionsmitteln finanziert wird, fortgeführt werden;
- der Wettbewerb in allen nicht-hoheitlichen Bereichen hergestellt werden, wodurch bspw. die BSR und die BVG in den Wettbewerb zu überführen sind;
- das Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft werden und eine stufenweise Absenkung des Grundwasserentnahmeentgeltes erfolgen;
- eine Überprüfung der Grund- und Gewerbesteuer durchgeführt werden.

Daneben muss der teure und überflüssige Öffentliche Beschäftigungssektor schnellstmöglich abgewickelt werden. Die Einsparungen im Doppelhaushalt 2010/2011 würden sich allein für das Land Berlin auf über 150 Mio. € belaufen.

3. Bildung

Statt kurzfristigen und unüberlegten Eingriffen in das Bildungssystem durch den rot-roten Senat braucht Berlin eine nachhaltige Verbesserung aller Bildungseinrichtungen und künftig wirtschaftliche Dynamik entfalten zu können. Hierzu zählt:

- eine Qualitätsverbesserung aller frühkindlichen Bildungseinrichtungen in Verbindung mit einer auskömmlichen und langfristigen Finanzierung;
- statt einer übereilten, nicht abgestimmten und chaotischen Schulreform der rot-roten Regierungskoalition muss eine mit den Akteuren verlässlich vorbereitete und ausfinanzierte Schulreform im Jahr 2012 durchgeführt werden;
- Die Qualität von Forschung und Lehre weiter zu verbessern und die Berliner Hochschulen auskömmlich auszufinanzieren.

Diese Maßnahmen müssen schnell gezielt und konsequent umgesetzt werden, um eine generationsgerechte Alternative zur Haushaltsnotlage in den kommenden Jahren erarbeiten zu können!

Berlin, den 09.12.2009

Meyer Jotzo Czaja
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der

FDP